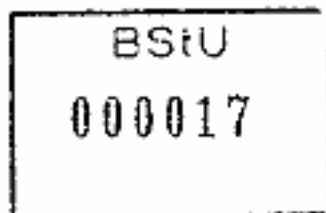


Dienstseinheiten
Leiter



Durch die Medien der DDR wurde darüber informiert, daß am Mittwoch, dem 27. 12. 1989 am Runden Tisch verlangt wurde, die Bildung des Verfassungsschutzes der DDR bis zum 6. Mai 1990 auszusetzen.

Der Vorsitzende des Ministerrates, Gen. Modrow, und der Staatssekretär beim Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Halbritter, haben nachdrücklich den Beschluß des Ministerrates vom 14. 12. 1989 über die Bildung des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR bekräftigt und sich für dessen Realisierung ausgesprochen.

Es kommt nunmehr darauf an, den im Beschluß und zu dessen Realisierung festgelegten Maßnahmen zur Bildung des Verfassungsschutzes der DDR unbeirrt, zielstrebig und entschlossen durchzusetzen.

Zu Ihrer Unterstützung bei Auseinandersetzungen zu Fragen der Bildung des Verfassungsschutzes der DDR erhalten Sie die beiliegende Argumentation. Sie findet die Zustimmung des Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Modrow, und durch ihn vertreten.

Gleichzeitig erhalten Sie eine Argumentation zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des ehemaligen MfS/ANS, die aus dem Dienst ausscheiden.

Anlagen

V. Niebling
i. V. Niebling

Am Mittwoch wurde am Runden Tisch verlangt, die Bildung des Verfassungsschutzes bis zum 6. Mai 1990 auszusetzen.

Das hieße, imp. Geheimdiensten und ihren Spionen, die erwiesenermaßen ihre Aktivitäten verstärkt haben, freien Lauf zu lassen.

Das hieße, für den Kampf gegen rechtsextremistische Kräfte, gegen die unübersehbar zunehmenden neofaschistischen und antisemitischen Bestrebungen unbedingt notwendige nachrichtendienstliche Mittel lahmzulegen.

Das hieße, freiwillig auf die vorbeugende Verhinderung terroristischer Aktivitäten zu verzichten.

Das hieße, Versuchen der Sabotage gegen unsere Volkswirtschaft und der Veruntreuung von Volkseigentum zuzusehen.

Das hieße, für die Bekämpfung der Drogenkriminalität und von Spekulationen spezifische Mittel und Kräfte ungenutzt zu lassen.

Das alles hieße, die Sicherheit unseres Landes nicht nur ernsthaft zu gefährden, sondern in Frage zu stellen.

Wer will das verantworten? Um so mehr in einer Zeit revolutionärer Umbrüche, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, auch immer reale Gefahren ihres Mißbrauchs durch restaurative Kräfte und Personen in sich birgt, die nur ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen.

Sollen unsere Nachkommen feststellen müssen, daß wir es nicht vermochten, die sich entwickelnde Demokratie, den hoffnungsvollen Prozeß der Erneuerung zu schützen?

Kein entwickeltes Land dieser Welt kommt ohne einen Inlandnachrichtendienst aus, der es vor Spionage, Terror und Versuchen schützt, seine verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben oder umzustürzen.

Staatliche Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit schließen sich auch keineswegs aus, wenn der Verfassungsschutz - wie es der Ministerratsbeschuß vorsieht und wie es das Ziel aller mit seiner Bildung Beauftragten ist - streng auf dem Boden der Gesetzlichkeit tätig wird, wenn er keinerlei exekutive Gewalt hat und seine Kontrolle durch einen noch zu schaffenden parlamentarischen Ausschuß und die Öffentlichkeit jederzeit gewährleistet ist.

Die unverzügliche Schaffung eines solchen von Grund auf erneuerten Sicherheitsorgans liegt im Interesse der Mehrheit der Bürger dieses Landes und viele erwarten völlig zu Recht, daß es bald voll wirksam wird.

KOPIE **BSIU**